



Rote Krähe

Ausgabe Mai 2017

**Kommt zum
1. MAI! 11:00 Uhr
DGB-Haus Krefeld**

SOZIAL. GERECHT. FÜR ALLE.

Der 1. Mai steht wie kein anderer Tag für den Kampf für gute Arbeit und eine gerechte Gesellschaft. Nach 130 Jahren ist dieser Kampf so aktuell wie lange nicht: **Was als gute Arbeit galt, gibt es immer seltener. Junge Menschen hangeln sich oft von Befristung zu Befristung. Druck, Konkurrenz und Stress nehmen für alle in der Arbeit zu. Sicherheit und Planbarkeit fehlen bei vielen im Job. Und die Kosten steigen: Nach Miete und Energie bleibt immer weniger vom Lohn.**

Gleichzeitig wachsen Managergehälter und Dividenden in den Himmel, während die Löhne stocken. Die Agenda 2010 macht die Beschäftigten erpressbar. Wer befristet beschäftigt ist oder Angst vor dem Jobverlust hat, kann sich nicht richtig wehren, wenn mit Hartz IV der Absturz ins Bodenlose droht.

DIE LINKE sagt: Gerecht geht anders. Wir wollen gute Arbeit statt Leiharbeit, Werkverträge, Dauerbefristung oder gar Arbeit auf Abruf. Das muss drin sein im deutschen „Jobwunderland“. Prekäre Beschäftigungsformen bremsen die Lohnentwicklung für alle. Der Arbeitsmarkt muss wieder reguliert werden. Das schafft soziale Sicherheit. Tarifverträge wollen wir auf Antrag der Gewerkschaften allgemeinverbindlich machen. Wir brauchen höhere Löhne in Deutschland, auch für die Renten. Arbeitslosigkeit darf nicht zum sozialen Absturz führen, deshalb muss die Arbeitslosenversicherung wiederhergestellt werden. Und wir brauchen eine Mindestsicherung ohne Sanktionen, die vor Armut schützt.

DIE LINKE will eine Rente, die den Lebensstandard der Menschen sichert statt zu Altersarmut führt! Und zwar mit einem Rentenniveau auf 53 Prozent. Niemand darf im Alter unter 1.050 Euro fallen. Durch höhere Arbeitgeber-Beiträge ist das finanzierbar (so zum Beispiel in Österreich!). Darum gehen wir am 1. Mai auf die Straße und rufen alle Menschen auf, sich an den Kundgebungen und Protesten zu beteiligen!

Wir streiten – auch bei der Bundestagswahl am 24. September – für ein soziales Land: Weg von der AgendaPolitik hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Andere kündigen mit schönen Worten viel an, wir werden konkret. Zum Beispiel muss der Mindestlohn steigen – auf 12 Euro. Dann lässt es sich auch besser um höhere Tarife kämpfen.

Die Reichen müssen mehr besteuert werden, damit wir kleine und mittlere Einkommen entlasten können: Gerechte Steuern auf Vermögen und Spitzeneinkommen. Wir wollen mehr investieren in die oft marode Infrastruktur und für mehr Personal in den Schulen, Kitas, Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. Das ist besser für alle!

Am 1. Mai demonstrieren wir mit Gewerkschaften und mit hundert tausenden Beschäftigten für eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt: Sozial. Gerecht. Für alle.



DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030/24 00 99 99, Fax: 030/24 00 95 41
partei.vorstand@die-linke.de, www.die-linke.de
V.i.S.d.P. Matthias Höhn

DIE LINKE.

Erdowie, Erdowo, Erdowahn

Wir unterstützen den Widerstand gegen die Ein-Mann-Diktatur weiter. Die Föderation der Demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei (DIDF) bezieht Stellung zum Referendum für Erdogan.

Seite 3

Stadt Krefeld als Konzern

Weniger Einfluss durch die Politik, weniger Demokratie: Sämtliche städtische Bereiche werden in eine sogenannte Anstalt öffentlichen Rechts umgewandelt. Über die Vorstufe zu weiteren Privatisierungen öffentlicher Daseinsvorsorge.

Seite 2

Riesige Mogelpackung

Erstmal gut: Ein Volksbegehren, das die Rückkehr von G8 zu G9 (9 Jahre Gymnasium) fordert. Doch dies soll durch Kürzungen in anderen Schulformen finanziert werden – geht gar nicht!

Seite 6

Armut macht krank

Die Nationale Armutskonferenz (nak) fordert finanzielle Unterstützung für arme Menschen bei krankheitsbedingten Zusatzkosten und mehr Geld im Regelsatz für eine gesündere Ernährung.

Seite 5

Das muss drin sein!

Gegen Leiharbeit und Hartz IV Sanktionen, gegen Dauerstress und Existenzangst! Für bezahlbare Wohnungen! Für mehr Personal in der Bildung, Pflege und Gesundheit!

Seite 4

Wahlrecht Menschenrecht

Wahlrecht für alle! Denn Menschen, die hier leben, sollen auch wählen dürfen!

Seite 7

Kommunalbetrieb Krefeld: Mehr Privat weniger Demokratie!

Nach sogenannten Optimierungsplänen und Beschlüssen der großen Mehrheit aus CDU, SPD und Grünen hat Oberbürgermeister Meyer angefangen, die Stadtverwaltung umzubauen. Der Kommunalbetrieb Krefeld (KB) als Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) wurde durch diese Parteien beschlossen und soll bis 1. Januar 2018 seine endgültige Struktur erhalten. Die AöR soll aus Teilen der Abteilungen Grünflächen, Tiefbau, Umwelt, Sport, Bäder, Gebäudemanagement, Betriebshöfe, Fuhrpark und Stadtentwässerung bestehen. Es wurde schon eine „Kern-AöR“ gegründet, in den der bisherige Eigenbetrieb Stadtentwässerung überführt wurde.

In der Satzung ist unter anderem festgelegt:

- Der Kommunalbetrieb Krefeld ist eine Selbstständige Einrichtung §1(1)
- Das Kommunalunternehmen ist berechtigt, Satzungen zu erlassen...
- Das Unternehmen kann Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer versetzen, abordnen, befördern und entlassen.
- Das Kommunalunternehmen kann andere Unternehmen oder Einrichtungen gründen oder sich an solchen beteiligen...
- Die politische Kontrolle dieses Kommunalbetriebes geschieht fast nur durch den Verwaltungsrat. Dieser besteht aus dem/der Oberbürgermeister/in und sechs übrigen Mitgliedern, es sind aber nicht alle Fraktionen vertreten. SPD und CDU haben jeweils zwei Sitze, Grüne und FDP jeweils einen, die Fraktion DIE LINKE ist nicht vertreten.

Was bedeutet das?

Ich habe oben einige Eigenschaften dieses sogenannten Kommunalbetriebes aufgezählt. Man kann ganz klar sehen, dass dadurch mehrere Teile der Verwaltung als „Selbständige Einrichtung“ ausgegliedert werden. Durch diese Ausgliederungen will die Verwaltung bzw. die Mehrheit aus SPD, CDU und Grünen beim Personal sparen und Dienste qualitativ und quantitativ abbauen. Dieser Weg führt auch zu einer Privatisierung und Entdemokratisierung. Wofür sind diese Berechtigungen, wenn nicht dafür, TATSÄCHLICH Satzungen zu erlassen, Beschäftigte zu entlassen, eige-

ne Unternehmen zu gründen und mehr? Diese Entscheidungen hatten bis jetzt die Mitglieder des Krefelder Stadtrates in den zuständigen Ausschüssen, bzw. im Rat getroffen. Wenn alles gleich bleibt, wie die Mehrheit des Rates und der Oberbürgermeister meint, warum dann diese Änderungen? Es bleibt eben nicht alles beim Alten.

Folgende Konsequenzen werden wir erleben:

Ein Eigenbetrieb bekommt eine Geschäftsführung, die eigenständig wirtschaften muss. Die Möglichkeit der Politik, falsche Entscheidungen zu korrigieren, wird massiv abgeschwächt. Die Stadt muss aber wirtschaftliche Fehlentscheidungen und Defizite verantworten.

Wenn diese Betriebe später mit zusammengestrichenem Personal ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen können, steht am Ende die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen.

Untersuchungen durch Verdi und die Hans-Böckler-Stiftung haben gezeigt: Ausgliederungen und private Anbieter sind nicht billiger als der öffentliche Dienst. Die öffentliche Hand steht auch für qualitativ gute Dienstleistung. Von daher:

Ein Kommunalbetrieb Krefeld als Anstalt öffentlichen Rechts ist sowohl finanziell als auch dienstleistungsmäßig nicht zu vertreten. DIE LINKE Ratsfraktion Krefeld hat daher gegen diesen gestimmt und lehnt ihn weiter ab.

RF

Basri Cakir
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE
im Rat der Stadt Krefeld

Wir unterstützen den Widerstand gegen die Ein-Mann-Diktatur weiter!

Liebe Krefelderinnen, Liebe Krefelder, die demokratischen Kräfte in der Türkei brauchen weiterhin und mehr denn je unsere Unterstützung und Solidarität. Wir haben uns schon vor diesem Referendum solidarisiert und zuletzt eine Kundgebung organisiert. Aber die demokratischen Kräfte brauchen weitere Solidaritätsaktionen von uns. Wir veröffentlichen ein Teil der Erklärung von DIDF (Föderation der Demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei) zu diesem Thema.

Nach nichtamtlichen Ergebnissen haben die Wähler in der Türkei beim von Betrug und Manipulation überschatteten Referendum am 16. April äußerst knapp der Einführung des Präsidialsystems zugestimmt. Obwohl sich die Hälfte der Bevölkerung gegen dieses neue, undemokratische System ausgesprochen hat, feiern die von Erdogan und seiner AKP angeführten Befürworter der Verfassungsänderung einen vermeintlichen Sieg, mit dem sie den Weg zu einer Ein-Mann-Diktatur freigeräumt sehen.

Die Gegner der Verfassungsänderung wollen das Ergebnis anfechten und sehen sich ermutigt, den Kampf für Demokratie in der Türkei verstärkt fortzusetzen. Den gestrigen Tag interpretieren sie nicht als Tag der Niederlage, sondern als Grund für einen stärkeren Kampf gegen die Einführung einer Präsidialdiktatur. Bereits am Abend des Referendums gingen Zehntausende landesweit auf die Straßen, um gegen den Wahlbetrug zu protestieren.

Auch die Wahlbeteiligung der stimmberechtigten Türkei-Stämmigen in Deutschland blieb mit unter 50 Prozent hinter den Erwartungen von Erdogan und AKP zurück. Alle Versuche, die Polarisierung des türkischen Wahlkampfes nach Deutschland zu tragen, die hinaufbeschworenen diplomatischen Krisen mit Deutschland und anderen EU-Ländern nutzten nur wenig.

Trotzdem sollte niemand über die tiefen gesellschaftlichen Gräben hinwegsehen, die im Wahlkampf in der Türkei wie in Deutschland entstanden sind. Das Ergebnis sehen wir als einen Ansporn, um uns für die Stärkung des Zusammenlebens hier in Deutschland einzusetzen. Wir werden stärker denn je unsere Stimme für ein

gleichberechtigtes Zusammenleben und gegen alle Spaltungsversuche hierzulande erheben. Wenn die demokratische Öffentlichkeit, Gewerkschaften, antirassistische Kräfte in Deutschland für eine Stärkung des gleichberechtigten Zusammenlebens eintreten, kann die Hetze und Einfluss Erdogans zurückgedrängt werden. Ebenso brauchen die demokratischen Kräfte in der Türkei mehr denn unsere Unterstützung und Solidarität. Lassen wir sie bei ihrem Kampf gegen die Ein-Mann-Diktatur nicht allein. Setzen wir uns gemeinsam dafür ein, dass Erdogan und seine AKP keine politische und wirtschaftliche Unterstützung mehr von der Bundesregierung erhalten. Denn eine demokratische Türkei ist in unser aller Interesse! Deshalb sagen wir: Internationale Solidarität tut Not – jetzt erst recht!

RF

Basri Cakir
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE
im Rat der Stadt Krefeld

Das muss drin sein!

11 Jahre nach der Agenda 2010 feiert die Bundesregierung die angeblichen "Erfolge". Aber wie sehen die aus? 25 Prozent der Beschäftigten arbeiten in prekären Jobs, oft zu Niedriglöhnen! Ein Drittel der Bevölkerung wird in prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse gedrängt. Prekär heißt "unsicher" und "unplanbar". Für viele ist das inzwischen ganz normal geworden: mit dem Lohn nicht über die Runden zu kommen, auch weil Miete, Energieversorgung und das Leben insgesamt immer teurer werden. Wer neu ins Berufsleben einsteigt, landet in Schleifen befristeter Verträge oder in Werkverträgen ohne Sozialversicherung. Viele Menschen arbeiten in unfreiwilliger Teilzeit und in Minijobs, während andere unter Überstunden und Dauerstress leiden. Ob auf der Suche nach Arbeit, dem nächsten Projekt oder weil die Arbeit nicht enden will: die Zeit für Freundinnen und Freunde, für die Familie wird weniger. Wer sich un- oder unterbezahlt um Kinder, Kranke oder pflegebedürftige Menschen kümmert, gerät schnell an die Belastungsgrenzen. Viele kennen aus leidvoller Erfahrung die Folgen des politisch erzeugten Kostendrucks und Personalmangels in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. In einem reichen Land werden immer mehr Menschen an den Rand der Gesellschaft gedrängt, ihnen wird der gleiche Zugang zu guter Arbeit, Wohnungen, Gesundheitsversorgung und Bildung versperrt. Erwerbslose werden durch die Sanktionen der Jobcenter gegängelt. Menschen mit Behinderungen arbeiten in Werkstätten für Niedriglöhne - für sie gilt der Mindestlohn nicht! Besonders prekär ist auch die Situation von Flüchtlingen, die um ihr Bleiberecht kämpfen müssen.

Das prekäre Leben hat viele Gesichter - gemeinsam haben viele Menschen, dass der Alltag immer mehr zu einer Zumutung wird und sich die Zukunft immer weniger planen lässt! Es sind die persönlichen Erfahrungen vieler Menschen, aber es ist ein gesellschaftliches Problem: Prekarität ist längst fester Bestandteil des flexiblen Kapitalismus geworden. Wenn die Bundesregierung vom deutschen Erfolgsmodell spricht, dann sind damit auch prekäre Jobs und die unsoziale Kürzungspolitik gemeint!

Wir wollen diese Zumutungen des prekären Arbeitens und Lebens nicht einfach hinnehmen, wir wollen uns gemeinsam wehren!

Als linke Partei laden wir alle ein, gemeinsam Druck zu machen für das, was in einem reichen Land selbstverständlich sein sollte:

1. Befristung und Leiharbeit stoppen! Viele, vor allem junge Menschen hangeln sich von einem befristeten Job zum nächsten oder finden nur in Leiharbeit eine Beschäftigung. Wir wollen gute Arbeitsverhältnisse, mit denen alle ihre Zukunft planen können.

2. Existenzsichernde Mindestsicherung ohne Sanktionen statt Hartz IV! Es muss Schluss sein damit, dass Erwerbslose durch Sanktionen gegängelt und in schlechte Jobs gedrängt werden. Wir wollen eine soziale Mindestsicherung für Erwerbslose und ihre Familien.

3. Arbeit umverteilen statt Dauerstress und Existenzangst! Viele Menschen arbeiten in unfreiwilliger Teilzeit oder Minijobs, während andere unter Überstunden und Dauerstress leiden. Wir wollen diese Arbeit umverteilen und mehr Zeit für Familie und Freizeit.

4. Wohnung und Energie bezahlbar machen! Wir wollen die Verdrängung durch steigende Mieten, Sanierungskosten und Energiepreise stoppen. Eine bezahlbare Wohnung muss auch in den Großstädten drin sein.

5. Mehr Personal für Bildung, Pflege und Gesundheit! Eine gute öffentliche Daseins-

vorsorge für Kinder, Kranke und Pflegebedürftige hilft nicht nur den Betroffenen und ihren Familien, sondern auch den Beschäftigten im Kampf gegen Arbeitsüberlastung.



Wir meinen: Das muss drin sein - gerade in einem reichen Land wie unserem, in dem das obere 1 Prozent der Superreichen fast ein Drittel des gesamten Privatvermögens besitzt!

Wer die gesellschaftlichen Verhältnisse verändern will und bessere Arbeits- und Lebensbedingungen durchsetzen möchte, braucht gute Ideen und einen langen Atem. Das haben wir. Beim Mindestlohn haben wir zusammen mit Gewerkschaften, sozialen Initiativen und Verbänden viele Jahre lang Druck gemacht. Am Ende kam auch die CDU-geführte Bundesregierung trotz der skandalösen Ausnahmen nicht mehr an der gesellschaftlichen Mehrheit für den Mindestlohn vorbei.

Unsere Kampagne soll kein Strohfeuer sein, sondern ist auf mehrere Jahre angelegt. Das wichtigste ist: Die Kampagne besteht aus vielen kleinen Kampagnen, in denen Menschen ihre Wünsche, Ideen und Interessen einbringen und sich engagieren! Wir laden alle ein mitzumachen - dafür gibt es viele Möglichkeiten.



Manfred Goebel
Mitglied des Bauausschusses

„Weil Du arm bist, musst Du früher sterben“

Unter dieser Überschrift hat die Nationale Armutskonferenz Deutschlands (nak) im November 2016 ihr Positionspapier zum Thema Armut und Gesundheit veröffentlicht.

Armut wirkt sich negativ auf die Gesundheit aus und begünstigt die Entstehung von Krankheiten. In der öffentlichen und politischen Wahrnehmung spielt dieser Zusammenhang dennoch nur eine geringe Rolle. Auch für Deutschland - einem der reichsten Länder der Erde - gilt: Armut bedeutet mehr als den Verzicht auf Konsumgüter. Vielmehr bedeutet Armut häufig physisches und psychisches Leid, höhere Erkrankungsraten und eine signifikant geringere Lebenserwartung. Beispielsweise belegt die Gesundheitsberichterstattung des Bundes, dass armutsgefährdete Menschen ab dem 45. Lebensjahr häufiger Schlaganfälle, Herzinfarkte, Diabetes mellitus, Hypertonien und Depressionen erleiden als Personen in ihrem Alter, die materiell abgesichert sind.

Die Grundsatzforderung der nak lautet:

Gesundheitsversorgung ist ein Menschenrecht (§12 UN-Sozialpakt). Gesundheit und Gesundheit dürfen nicht an den finanziellen Mitteln Einzelner scheitern. Aus diesem Grund muss es für einkommensarme Menschen eine vollständige Kostenbefreiung bei der Gesundheitsversorgung geben.

Um frühzeitig auf Härten und gesellschaftliche Veränderungen reagieren zu können, hält es die Nationale Armutskonferenz zudem für dringend notwendig, die Arbeitsgruppe Armut und Gesundheit im Bundesministerium für Gesundheit wiederaufzunehmen. Einzubeziehen sind hierbei Betroffenenverbände, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften sowie Krankenkassen, Ärztekammern und weitere Akteure der Gesundheitsversorgung.

Eine besondere Einzelforderung betrifft Personen mit Bezug von SGB II- und SGB XII-Leistungen („Hartz IV“ und Sozialhilfe),

Wohngeld und Kinderzuschlag sowie Personen mit geringem Einkommen.

Die bestehende Höhe des Regelsatzes kann der Armut nicht entgegenwirken. Beim Anteil für die Gesundheitspflege sind wichtige Ausgabenpositionen nicht berücksichtigt worden. So sind etwa Zuzahlungskosten und Übernahme von Kosten für Nicht-Verschreibungspflichtige Medikamente oder bei der Begleitung von Kindern im Krankenhaus, die nicht über das SGB II, SGB V und SGB XII abgedeckt sind, weder im Regelsatz berücksichtigt, noch werden sie separat erstattet. Auch die Kosten für Brillen, Hörgeräte-Zubehör und Empfängnisverhütung oder die Fahrtkosten zur ärztlichen Versorgung werden nicht als besondere Bedarfe übernommen. Bis zum Erreichen der Befreiungsgrenze von zwei Prozent des Jahreseinkommens (ein Prozent bei chronisch Kranken unter bestimmten Voraussetzungen) müssen alle Kosten für Zuzahlungen und Aufzahlungen jeglicher Art (Beispiele: Medikamente, Krankenhausaufenthalt, Zahnersatz, Kuren) selbst aufgebracht werden, was zur Folge hat, dass gesundheitlich notwendige Maßnahmen nicht in Anspruch genommen werden.

Die administrativen Hürden und Bestimmungen der Hartz IV-Gesetze wirken abschreckend. In der derzeitigen Praxis ist der barrierefreie Zugang in der Gewährung von Sonderbedarfen nach SGB II und SGB XII nicht gewährleistet. Dies wird verhindert durch umständliche Antragstellung und oftmals rechtswidrige Bescheide, die zu zeitraubenden Klagen vor den Sozialgerichten führen. Im Gesundheitsbereich ist schnelle Hilfe unabdingbar.

Die nak fordert daher, dass die Übernahme der Kosten für alles medizinisch Notwendige durch Krankenversicherungsleistungen nach dem SGB V sichergestellt wird.

Die Nationale Armutskonferenz fordert hilfsweise, dass durch eine Änderung des SGB II sichergestellt wird, dass zumindest alle im Sinne der Grundsicherung bedürftigen Personen einen Anspruch auf die medizinisch notwendigen Leistungen erhalten (Härtefallregelung). Die nak fordert zudem mehr vorbeugende und gesundheitsfördernde Angebote für einkommensarmen Menschen, damit der Teufelskreis zwischen Armut und Krankheit durchbrochen wird. Darüber hinaus fordert die Nationale Armutskonferenz, die Regelleistungen, Transferzahlungen, Zuschüsse oder sonstige Hilfen so zu bemessen, dass eine gesunde Ernährung nach den Richtlinien der deutschen Gesellschaft für Ernährung leistbar ist.



Erhard Beckers
Delegierter der nak,
Referent Armutfragen
in der SKM Bundeszentrale in Düsseldorf

Die nak wird getragen von den Wohlfahrtsverbänden (außer dem DRK), den Gewerkschaften, den Landesarmutskonferenzen und vielen freien Organisationen, die sich mit dem Thema Armut beschäftigen. Weitere Informationen unter: www.nationale-armutskonferenz.de

Volksbegehren G9: Riesige Mogelpackung! So nicht!

Hört sich zunächst mal gut an: die InitiatorInnen des Volksbegehrens fordern die Abschaffung des achtjährigen Gymnasiums (G8) zugunsten des neunjährigen Gymnasiums (G9).

2005 wurde diese umstrittene Schulzeitverkürzung in NRW eingeführt. Für viele Eltern und SchülerInnen war und ist die verkürzte Schulzeit eine starke Belastung. Ein Jahr Unterrichtsstoff aus sechs Jahren wurde weitgehend in die fünfjährige Schulzeit eingebaut. Die Oberstufe beginnt bereits mit der Klasse 10.

Hätte die Initiative jetzt lediglich die Forderung aufgestellt, zum neunjährigen Gymnasium zurückzukehren, damit die SchülerInnen nicht ein Turboabitur hinlegen müssen, wäre das ok.

Aber so ganz nebenbei wird im Volksbegehren eine Gesetzesänderung vorgeschlagen, die zu Stundenkürzungen in anderen Schulen führt. Die InitiatorInnen schlagen vor, den Pflichtunterricht in der Sekundarstufe I auf 180 Jahreswochenstunden festzuschreiben und in der Sekundarstufe II, der gymnasialen Oberstufe auf 90 Jahreswochenstunden. Das wird positiv hervorgehoben, es sei kostenneutral „Dieses Gesetz verursacht keine Kosten – im Gegenteil, durch den Wegfall der höheren Stundenzahlen entstehen Ein-

sparungseffekte“ (aus dem Abstimmungsbogen zum Volksbegehren). Mit diesem Volksbegehren sollen für alle Schulformen Unterrichtskürzungen eingeführt werden. Inklusion, Integration, Förderbedarf der Kinder und Jugendlichen erfordern mehr und nicht weniger Unterrichtsstunden. Zu Recht haben sich die Landeselternschaft der integrierten Schulen in NRW (LEIS), die Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschulen (ggg), die Schulleitungsvereinigung der Gesamtschulen NRW (SLV-GE-NRW) und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW (GEW) gegen dieses Volksbegehren ausgesprochen.

Wir appellieren an alle Eltern: Stimmen Sie diesem Volksbegehren nicht zu.

Wir haben uns immer nachdrücklich für die Einführung „einer Schule für alle“ eingesetzt, weil eine Aufteilung der Kinder nach der 4. Grundschulklasse im Alter von 10 Jahren unverantwortlich ist und Entwicklungen von Kindern zu einem Zeitpunkt festschreibt, zu dem weder die körperliche, noch geistige und psychische Entwicklung auch nur ansatzweise abgeschlossen sind. Dass sich aber eine Elterninitiative das Recht herausnimmt, zum Nachteil anderer Schulformen ihre Ziele einzufordern, ist nicht hinnehmbar.

RF

Heidrun von der Stück
Mitglied Sozialausschuss und Sprecherin KV Krefeld.

Besser lernen in einer gemeinsamen Schule

Alle Studien zeigen, dass das mehrgliedrige NRW-Schulsystem im internationalen Vergleich wenig Chancengleichheit bietet sowie sozial und ethnisch stark selektiv ist. In erschreckend hohem Maße sind in NRW insbesondere Kinder aus armen Familien und Kinder aus Migrantenfamilien betroffen.

Wir wollen das Schulsystem weiterentwickeln zu einer gemeinsamen Schule für alle Kinder von der ersten bis zur zehnten Klasse in Ganztagsform. Diese Schule bezieht alle Schulformen, auch Förderschulen und Gymnasien, ein. Die gemeinsame Schule orientiert sich an den individuellen Lernbedürfnissen einzelner Schülerinnen und Schüler. Sie ist inklusiv und sozial ausgleichend. Diese Schule ist jahrgangsübergreifend, fördernd und kennt keine Ziffernnoten. Sie fördert das soziale Miteinander und den Spaß am Lernen

Aus unserem Wahlprogramm LTW 2017

Die Jahreswochenstunden errechnen sich folgendermaßen:

Alle Wochenstunden im Stundenplan der SchülerInnen, die für die verschiedenen Fächer ausgewiesen sind, beispielsweise Deutsch 4 Stunden, Mathematik 4 Stunden, Englisch 4 Stunden...werden addiert. Das gibt dann eine Wochenstundenzahl je nach Jahrgang von 29 bis 34 Stunden. Diese Zahl wird mit der Anzahl der Schuljahre multipliziert. Das ergibt für die Sek I 188 Jahreswochenstunden. Wäre das Volksbegehren erfolgreich, würden 8 Jahreswochenstunden in allen anderen Schulformen gestrichen, d.h. weniger Unterricht, weniger LehrerInnen.

Wahlprogramm
G9

Keine Alternative:

Zur Landtagswahl DIE LINKE wählen!

Miteinander fördern! Wahlrecht für alle fordern!

Migranten mit und ohne deutschen Pass aber insbesondere mit Doppelpass sind wieder das große Thema bei der Landtagswahl im Mai und im September bei der Bundestagswahl. Es gibt schon jetzt eine große Debatte besonders um den Doppelpass in Deutschland. Unionspolitiker und Rechtspopulisten fordern dessen Abschaffung, weil dieser sich nicht bewährt habe. Als Grund werden Erdogan-Anhänger angegeben, obwohl sie eigentlich nicht wissen können, ob Erdogan Anhänger zwei Pässe haben oder nicht.

Wir meinen aber: Nicht die doppelte Staatsbürgerschaft beeinträchtigt die Loyalität der Türkeistämmigen zu Deutschland, sondern die verfehlte Integrationspolitik. Die türkeistämmigen Jugendlichen fühlen sich eher zu Hause in Deutschland, wenn sie sich anerkannt, vertreten und dazugehörig fühlen und nicht, wenn sie sich zwischen dem deutschen Pass und dem Pass ihrer Eltern entscheiden müssen.

Diese verfehlte Diskussion über den Doppelpass muss endlich wieder vom Tisch und wir müssen darüber reden, wie erfolgreiche Integration stattfinden kann. Erst wenn Probleme wie Perspektivlosigkeit, Diskriminierung, prekäre Beschäftigung und Ausbildungsplatzmangel angepackt werden, werden sich Türkeistämmige nicht Richtung Türkei orientieren, sondern hier heimisch fühlen. Den ersten Schritt, um das Miteinander zu fördern, statt nur nebeneinander zu stehen, sehen ich und das Solidaritätshaus /DIDF, wo ich auch Mitglied bin, das allgemeine Wahlrecht für alle einzuführen, unabhängig von der Staatsbürgerschaft.

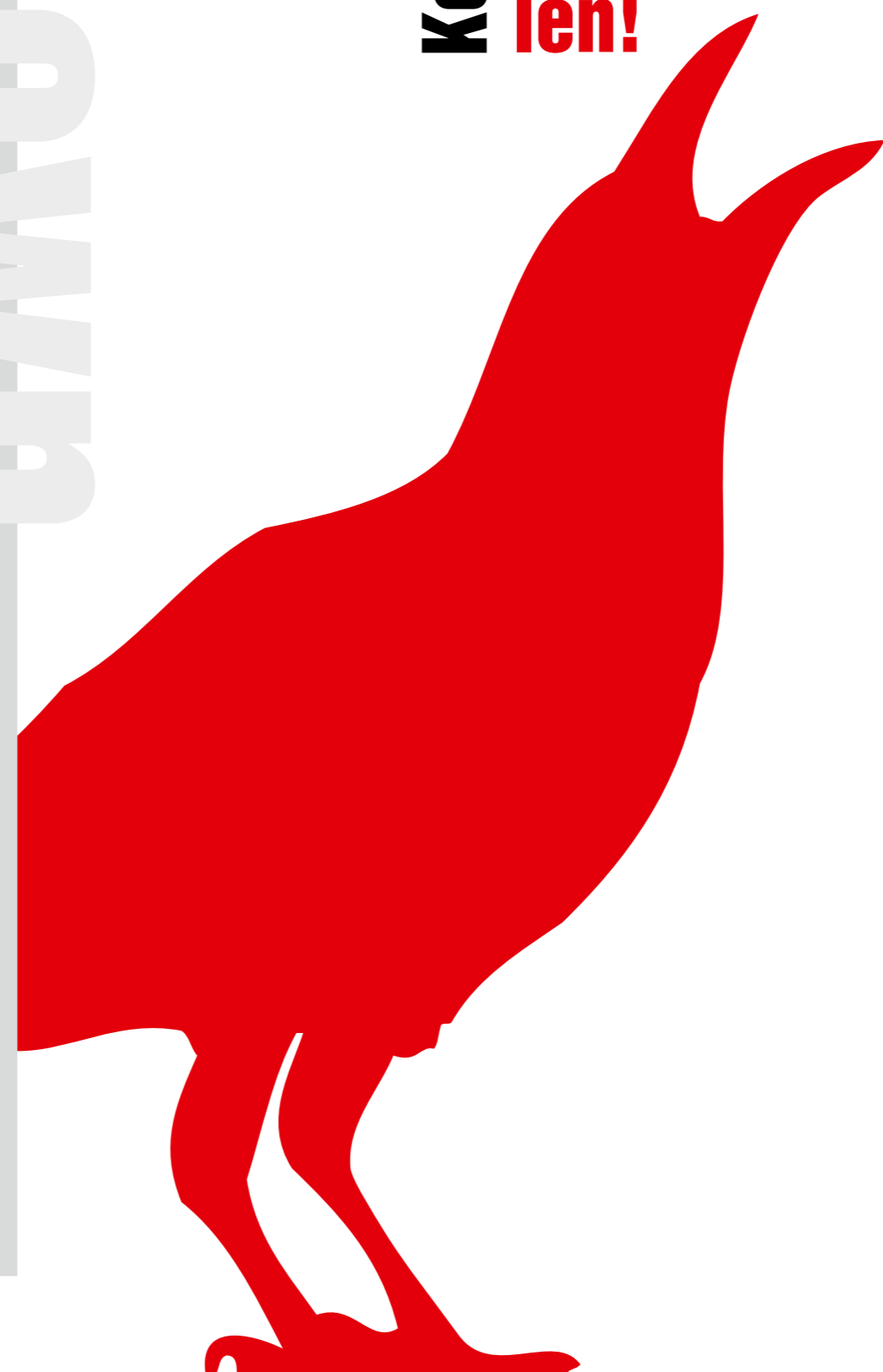
In Krefeld gibt es tausende Menschen, die zwar ihren Lebensmittelpunkt hier haben, aber kein Wahlrecht in Deutschland, NRW und Krefeld. In Vereinen und Institutionen wie den Gewerkschaften stehen demokratische Rechte allen unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit zu. Die Herkunft ist kein Kriterium für eine Mitgliedschaft. Nur mit diesen Rechten können alle Menschen in Deutschland zusammen eine gemeinsame Zukunft aufbauen. Deshalb fordern wir das Wahlrecht für alle, damit Menschen mit und ohne Migrationsgrund, deren Lebensmittelpunkt Deutschland ist, zusammen ihre Zukunft gestalten können, unabhängig von ihrem Pass.

Unsere Landtagskandidaten aus Krefeld, Michaela Calabrese-Lewicki und Stephan Hagemes setzen sich dafür ein, ebenso wie unsere NRW-Bundestagskandidatinnen und -kandidaten.

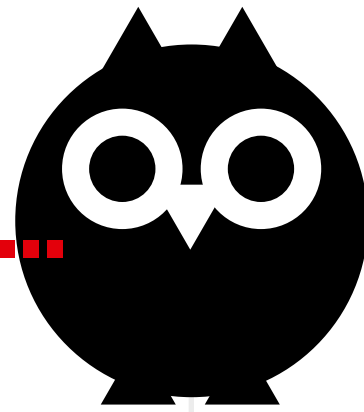
KV

Wahlrecht ist ein Menschenrecht!

Basri Cakir
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE im Rat der Stadt Krefeld.



Uerdinger Bücherei: 4 Jahre MontagsLesungen it's a kind of magic



Bücher retten nicht nur Lesen, sondern Lesen rettet auch Bücher. Und Montagslesungen Büchereien. Bis Ende April wurde mit 205 Lesungen am Band - zeitweilig bei Wind und Wetter - eine außergewöhnliche Bibliothek des Widerspruchs und Protestes gegen die Büchereischließung im Mai 2013 zusammengelesen. Die Montagslesungen für die Wiedereröffnung des Hauses Am Marktplatz 5 als Quartierszentrum mit städtischer Medienentleihe sind zu einem festen Bestandteil der Uerdinger Kultur geworden.

Öffentliche Büchereien sind besondere Orte der Informationsverbreitung, aber auch der Kommunikation, der Begegnung und des Austausches. Kulturelle Angebote in diesem weiten Sinne sind insoweit „harter Standortfaktor“. Sie entscheiden über Lebensqualität und Urbanität in den Stadtteilen. Die Uerdinger Zweigstelle hat dieses Profil als im Stadtteil verwurzeltes städtisches Kulturinstitut der Mediothek „gelebt“, war mit ihren Angeboten und Programmen kommunikativer Ankerpunkt und in dem wie für sie geschaffenen Gebäude ein Kleinod, ein magischer Ort für Groß und Klein. Sie war „das Herz in Uerdingen“, wie es eine Teilnehmerin an der Bürgerwerkstatt im Fabritianum am 15.03.2017 zum Uerdinger Stadtzentrum formulierte

Insofern ist das Beste, was einer städtischen Kommune passieren kann, wenn ihre Bürgerinnen und Bürger für öffentliche Einrichtungen sich stark machen und ihren Fortbestand einfordern. Allzumal dann, wenn sie sich für öffentliche Kultur- und Bildungsangebote engagieren, die so günstig zu haben sind: Bücher und andere Medien. Und vor allem auch, wenn sie - wie der Arbeitskreis „Erhalt

Bücherei Uerdingen“ - binnen weniger Monate 11.000 Euro für die Restauration des denkmalgeschützten Büchereiportals



Achim Gehring und Marcus Zitanski lesen aus den Kängeruh-Chroniken von Marc-Uwe Kling.

als Sachspende der Krefelder und Uerdinger Bürgerschaft an die Stadt Krefeld zusammengebracht haben. Voraussichtlich im Juni wird das restaurierte Portal vom Krefelder Restaurator Christoph Tölke dann wieder eingebaut. Bis dahin ist das Gebäude mit Pressspanplatten und einer roten Metalltür verschlossen.

Für die Umsetzung des Ratsbeschlusses vom 01.07.2014, in dem das Projekt des „Quartierszentrums“ mit Medienentleihe auf den Weg gebracht worden ist, wäre gleiche Entschiedenheit von Poli-

tik und Verwaltung förderlich. So steht noch immer aus, die Aufnahme eines provisorischen Entleihbetriebes für eine Übergangszeit zu prüfen, um die Zeit der konzeptionellen und organisatorischen Vorbereitungen zur Einrichtung eines Quartierszentrums zu überbrücken und so auch Signale zu setzen, die Medienentleihe aus ihrer zwangsverordneten „Schneewitchenruhe“ ins Leben zurückzuholen.

Auch dann, wenn die Webseite der Zweigstelle der Bücherei Uerdingen vom Netz genommen und archiviert worden ist, hat sich die Wirkungskraft ihres Inhalts nicht aufgelöst. So ist dort digitalisiert abgesetzt: „Die Bücherei Uerdingen hat einen festen Platz im kulturellen Leben der Rheinstadt.“ So eine Festschreibung gilt gemeinhin als Zusicherung, ganz so wie es der Vereinigungsvertrag zwischen Krefeld und Uerdingen vorsieht.

In diesem Sinne:
Uerdingen – wo Schönes entsteht!



Ursula Mende

Mitglied des Ausschusses für Stadtplanung
der Ratsfraktion DIE LINKE

Wer hat's gemacht?

Schreiberlinge: Heidrun von der Stück, Ursula Mende, Basri Cakir, Erhard Beckers und Manfred Goebel

Layout: Herrje

Redaktion: Julia Suermondt

Impressum: DIE LINKE. Ratsfraktion Krefeld
Von der Leyenplatz 1, 47798 Krefeld, Tel. 02151-862012

DIE LINKE. Krefeld, Kreisverband, Heidrun von der Stück,
Alte Linnerstr. 85, 47799 Krefeld, Tel. 02151-4461625

dielinke-krefeld.de
dielinke-fraktion-krefeld.de

KV Ein Artikel des Kreisverbandes DIE LINKE.

RF Ein Artikel der Ratsfraktion DIE LINKE.

G Ein Gastartikel



DIE LINKE.